

## **Antrag**

**des Abg. Oliver Hildenbrand u. a. GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen**

### **Bundesweite Sabotageserie: Beschädigte Autos in Baden-Württemberg – im Auftrag Russlands?**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viele beschädigte Autos im Rahmen der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg festgestellt wurden;
2. in welchen Städten und Gemeinden diese beschädigten Autos festgestellt wurden;
3. gegen wie viele Beschuldigte im Zusammenhang mit der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg aktuell ermittelt wird (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);
4. wie viele polizeiliche Einsatz- und Durchsuchungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg bislang durchgeführt wurden (bitte jeweils mit Datum, Ort sowie Anzahl und Art der durchsuchten Objekte angeben);
5. wie viele Personen von diesen Maßnahmen betroffen waren (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);
6. wie viele Personen im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen festgenommen wurden (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);
7. welche Beweismittel im Zusammenhang mit diesen Durchsuchungen sichergestellt bzw. beschlagnahmt wurden;
8. inwieweit die bisherigen Ermittlungsergebnisse oder sonstige Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden darauf hindeuten, dass die bundesweite Sabotageserie aus Russland gesteuert wurde;

9. ob in den vergangenen zehn Jahren vergleichbare „False Flag“-Operationen bzw. mutmaßlich aus dem Ausland gesteuerte Sabotageakte in Baden-Württemberg registriert wurden;
10. welche Erkenntnisse die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden über russische Desinformationskampagnen und Einflussoperationen im Kontext der Bundestagswahl 2025 haben.

14.2.2025

Hildenbrand, Dr. Geugjes, Häffner, Lede Abal,  
Andrea Schwarz, Seimer, Sperling, Tuncer GRÜNE

### Begründung

Verstopfte Auspuffrohre und „Sei Grüner!“-Aufkleber: Deutsche Sicherheitsbehörden machen Russland für eine Reihe von Sabotageakten verantwortlich, bei denen bundesweit Hunderte Autos beschädigt wurden. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 7. Februar 2025 berichtete, wurden mehr als 270 Fahrzeuge in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bayern angegriffen. Die Täter verstopften die Auspuffrohre der Autos mit Bauschaum und hinterließen an den Tatorten Aufkleber mit dem Slogan „Sei Grüner!“ sowie einem Foto von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Dieser Antrag möchte die bundesweite Sabotageserie aus baden-württembergischer Perspektive beleuchten.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 13. März 2025 Nr. IM3-0141.5-651/17/1 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. wie viele beschädigte Autos im Rahmen der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg festgestellt wurden;*

Zu 1.:

Der Polizei Baden-Württemberg sind im Sachzusammenhang aktuell 113 beschädigte Fahrzeuge in Baden-Württemberg bekannt.

*2. in welchen Städten und Gemeinden diese beschädigten Autos festgestellt wurden;*

Zu 2.:

Folgende Städte und Gemeinden waren betroffen:

- 89073 bis 89081 Ulm (37 Fahrzeuge)
- 89129 Langenau (13 Fahrzeuge)
- 89134 Blaustein (36 Fahrzeuge)
- 89143 Blaubeuren (18 Fahrzeuge)
- 89179 Beimerstetten (9 Fahrzeuge)

3. *gegen wie viele Beschuldigte im Zusammenhang mit der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg aktuell ermittelt wird (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);*

Zu 3.:

Aktuell richten sich die Ermittlungen gegen fünf beschuldigte Personen. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um:

- eine 17-jährige männliche Person mit bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit ohne Vorstrafen,
- eine 20-jährige männliche Person mit serbischer und kroatischer Staatsangehörigkeit ohne Vorstrafen,
- eine 18-jährige männliche Person mit deutscher Staatsangehörigkeit und einer Vorstrafe: Urteil des AG Ulm vom 17. Oktober 2024 wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis und unerlaubtem Entfernen vom Unfallort,
- eine 29-jährige männliche Person mit rumänischer Staatsangehörigkeit und einer Vorstrafe: Strafbefehl des Amtsgerichts Ulm vom 26. Mai 2020 wegen fahrlässiger Körperverletzung in zwei Fällen,
- eine 19-jährige weibliche Person mit rumänischer Staatsangehörigkeit ohne Vorstrafen.

4. *wie viele polizeiliche Einsatz- und Durchsuchungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der mutmaßlich aus Russland gesteuerten Sabotageserie in Baden-Württemberg bislang durchgeführt wurden (bitte jeweils mit Datum, Ort sowie Anzahl und Art der durchsuchten Objekte angeben);*

Zu 4.:

Im Sachzusammenhang wurden bislang sieben Objekte bzw. Personen durchsucht. Im Einzelnen:

- Am 13. Dezember 2024 wurden drei Wohnobjekte in 89075 Ulm, 89129 Langenau und 89340 Leipheim durchsucht.
- Am 11. Februar 2025 wurden drei Wohnobjekte in 89143 Blaubeuren durchsucht.
- Am 18. Februar 2025 wurde eine Person in 89129 Langenau durchsucht.

5. *wie viele Personen von diesen Maßnahmen betroffen waren (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);*

Zu 5.:

Von den unter Ziffer 4 genannten Maßnahmen waren fünf Personen betroffen. Weitere Ausführungen zu den Personen sind der Stellungnahme zu Ziffer 3 zu entnehmen.

6. *wie viele Personen im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen festgenommen wurden (bitte jeweils unter Angabe von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und möglichen Vorstrafen);*

Zu 6.:

Bei den durchgeführten Einsatz- und Durchsuchungsmaßnahmen wurde keine Person festgenommen.

*7. welche Beweismittel im Zusammenhang mit diesen Durchsuchungen sichergestellt bzw. beschlagnahmt wurden;*

Zu 7.:

Bei den Durchsuchungsmaßnahmen wurden mehrere Mobiltelefone und weitere elektronische Datenträger sichergestellt bzw. beschlagnahmt.

*8. inwieweit die bisherigen Ermittlungsergebnisse oder sonstige Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden darauf hindeuten, dass die bundesweite Sabotageserie aus Russland gesteuert wurde;*

Zu 8.:

Ob die Taten im Zusammenhang mit einer möglichen russischen Beteiligung stehen, ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen.

*9. ob in den vergangenen zehn Jahren vergleichbare „False Flag“-Operationen bzw. mutmaßlich aus dem Ausland gesteuerte Sabotageakte in Baden-Württemberg registriert wurden;*

Zu 9.:

Fremde Staaten nutzen False Flag-Operationen beispielsweise im Cyberbereich zur Tarnung eigener Operationen oder zur Diskreditierung anderer Staaten. Es stellt eine große Herausforderung dar, diese zu detektieren, da sie mit erheblichem Aufwand vorbereitet und durchgeführt werden.

In Baden-Württemberg sind aktuell keine vergleichbaren False Flag-Operationen bekannt. Den Sicherheitsbehörden liegen zudem keine Hinweise auf vergleichbare, mutmaßlich aus dem Ausland gesteuerte erfolgreiche Sabotageangriffe in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren vor.

Staatlich gesteuerte russische Cyberakteure gehören seit jeher zu den aktivsten Akteuren in Baden-Württemberg. In den vergangenen Jahren hat die Cyberabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) kontinuierlich Cyberspionageangriffe auf baden-württembergische Infrastrukturen, Unternehmen und Behörden mit mutmaßlich russischem Hintergrund registriert.

Für Angriffe im Cyberraum setzt die Russische Föderation – wie auch andere Staaten – verschiedene Cybergruppierungen ein. Diese werden allgemein als APT-Gruppe („Advanced Persistent Threat“; „fortgeschrittene, andauernde Bedrohung“) bezeichnet und verschleiern die wahre Identität des Angreifers. APT-Angriffe zeichnen sich durch einen sehr hohen personellen wie finanziellen Ressourceneinsatz sowie erhebliche technisch-methodische Fähigkeiten aus und sind nur sehr schwer zu entdecken. Mit diesen Angriffen gehen zu Beginn einer Attacke oftmals ausgefeilte manipulative Methoden (Social Engineering) einher, um Menschen zu einem bestimmten sicherheitskritischen Verhalten zu verleiten. Außerdem verwenden APT vielfach sogenannte Spear-Phishing-E-Mails, die passgenau auf die Interessenlagen weniger Empfänger oder Einzelpersonen zugeschnitten sind, um zum Beispiel mittels versteckt integrierter oder angehängter Schadsoftware IT-Systeme zu kompromittieren und so letztlich unbemerkt Datenabflüsse zu generieren.

*10. welche Erkenntnisse die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden über russische Desinformationskampagnen und Einflussoperationen im Kontext der Bundestagswahl 2025 haben.*

Zu 10.:

Als politisch und geostrategisch bedeutsamer Akteur innerhalb des westlichen Bündnissystems steht Deutschland im besonderen Fokus russischer Einflussnahme. Dieses grundsätzlich erhöhte Gefährdungsniveau erfährt im Kontext von Bundes- und Landtagswahlen eine zusätzliche Steigerung. Bereits in der Vergangenheit – etwa vor den Europawahlen 2024 – nutzte der Kreml Desinformationskampagnen und Einflussoperationen, um demokratische Willensbildungsprozesse zu diskreditieren, Wähler zu verunsichern und prorussische Kräfte politisch zu stärken.

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes kam es im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 zu verstärkten Versuchen der illegitimen Einflussnahme auf den deutschen Diskurs- und Informationsraum. Festgestellt wurden sowohl die Verbreitung von teils KI-gestützter Desinformation als auch die gezielte Verdichtung negativer Berichterstattung zu gesellschaftlichen Konflikten und Reizthemen. Die in der Regel ideologisch flexible Verstärkung bestehender Ressentiments soll Konflikte anheizen, Menschen einschüchtern und Vertrauen zerstören. Entscheidend ist dabei das Schadpotenzial eines Themas, weniger das Thema selbst.

Das Einwirken der Russischen Föderation auf die Bundestagswahl ist als Element eines hybriden Ansatzes zur Schwächung des westlichen Bündnissystems, Beendigung der Ukrainehilfen sowie Aufhebung geltender Sanktionen anzusehen.

Strobl

Minister des Inneren,  
für Digitalisierung und Kommunen